

## DOSSIER

JAGDREFORM

# Grünkohl mit Jägersoße

Raymond Klein

**Fütterverbot, Jagdverweigerung aus Gewissensgründen - eigentlich müssten die JagdkritikerInnen mit der Jagdreform zufrieden sein. Doch aufgrund der Komplexität der Materie fällt ihre Bewertung uneinheitlich aus.**

Ein Kinnhaken nach links, ein Schwinger nach rechts. Eingekeilt zwischen Jägerschaft und JagdgegnerInnen, versucht Umweltminister Lucien Lux sich durchzuboxen. „Immer mehr Pflichten und weniger Rechte“, bemängeln die einen, „ein Gesetz von Jägern für Jäger“, nörgeln die anderen. Ist die Kritik von beiden Seiten an der Vorlage für ein neues Jagdgesetz ein Zeichen dafür, dass Lux alles falsch gemacht hat? Oder zeigt sie, dass er versucht hat, einen fairen Kompromiss zwischen den entgegengesetzten Positionen zu finden?

Seitens der Jägerschaft ist der einzige offizielle, aber dafür umso energischer vorgebrachte Kritikpunkt die neu eingeführte Möglichkeit der „opposition éthique“. Jeder Grundeigentümer soll nach der Gesetzesvorlage das Recht bekommen, die Ausübung der Jagd auf seinen Liegenschaften zu untersagen. Bisher wurde jedes Feld und jedes Waldstück automatisch einem Los zugeordnet, für das Interessierte das Jagdrecht beim „syndicat de chasse“ ersteigern können. Nun soll es als Eigentümer reichen, eine „déclaration de retrait motivée“ einzureichen, um die Mitgliedschaft im Jagdsyndikat aufzukündigen und seine Grundstücke von der Jagd auszuschließen.

Sollten viele Grundeigentümer von diesem Recht Gebrauch machen, so die Sorge der Jägerschaft, dann würden die Reviere löcherig „wie ein Schweizer Käse“ und die Treibjagden zu einer Art „Slalomfahren“ rund um die ausgeschlossenen Grundstücke. Schützenhilfe erhalten sie von den Landwirten: Im „Letzeburger Bauer“ vom 16. Mai liest man: „Fest steht jedoch, daß die Bauernzentrale in keiner Weise mit den vorgesehenen Bestimmungen betreffend die opposant éthique einverstanden sein kann. (...) Die Möglichkeit des Ausschlusses der Flächen aus den Jagdsyndikaten unterläuft deutlich die Bestrebungen einer effizienten Bejagung ...“ Als die großen Leidtragende der hohen Wildschweinbestände ist den Landwirten daran gelegen, die Bestände abzusinken. Außerdem soll für den Wildschaden auf den ausgeschlossenen Ländereien nicht der nationale Spezialfonds aufkommen. Ungeklärt ist aber, inwiefern die Pächter solcher Flächen von den Verpächtern Entschädigungszahlungen einfordern können.

## Jagdfreie Zonen

Die Enttäuschung der Jägerschaft über die „opposition éthique“-Regelung ist verständlich. Immerhin hatte es bei der Chamber-Orientierungsdebatte im Juni des vergangenen Jahres noch so ausgesehen, als ob die Eingliederung aller Ländereien in die Jagdlose beibehalten würde. Zwar hatten mehrere TierschützerInnen vor dem Europäischen Menschenrechts-

gerichtshof in Straßburg gegen solche Bestimmungen in Luxemburg und Frankreich geklagt und Recht bekommen. Doch in letzter Minute hatte Lux den Abgeordneten ein Rechtsgutachten vorgelegt, das einen Ausweg aufzuzeigen schien: Indem man die Jagd als „activité d'intérêt général“ einstufte, könne man Einschränkungen des Eigentumsrechts legitimieren. Obwohl die Grünen dieses Vorgehen als „undemokratischen Hinterhalt der CSV-LSAP zugunsten der Jagdlobby“ bezeichneten, wurde mit den Stimmen der anderen Fraktionen eine Motion verabschiedet, die sich für die automatische Eingliederung aussprach.

„Wenn wir eine flächendeckende und dadurch effiziente Jagd wollen, ist die Mitgliedschaft aller Grundbesitzer in den Syndikaten eine beinahe logische Konsequenz“, argumentierte Lucien Lux am 21. Juni 2007. Wenige Wochen später aber lag ein neues Urteil des Menschenrechtsgerichtshofs vor, das die „intérêt général“-Argumentation entkräftete: „Eine Einmischung in das Eigentumsrecht mit dem Ziel, Dritten eine den Überzeugungen der Eigentümer völlig entgegenlaufende Nutzung zu gestatten, entspricht keiner vernünftigen Verhältnismäßigkeit“, heißt es im „arrêt Schneider“ vom 10. Juli. Daraufhin rüddelte Lux zurück und nahm die „opposition éthique“ ganz pragmatisch in seine Gesetzesvorlage auf. Auf den Vorwurf der Jägerschaft, nicht Wort gehalten zu haben, antwortete er per Communiqué mit dem Hinweis, es sei „elementar, dass ein Rechtsstaat die

Urteile des Menschenrechtsgerichtshofs“ berücksichtige.

Doch was der Jägerschaft als drastischer Eingriff in die Jagdpraxis erscheint, geht den radikalen TierschützerInnen nicht weit genug. Vergangene Woche ließen die Association luxembourgeoise pour la protection des animaux (Alpa) und die luxemburgische Sektion des deutschen Vogelschutz-Komitees (VSK) während einer Pressekonferenz kein gutes Haar an Lux' Gesetzesvorlage. Im Detail seien die Bestimmungen zur „opposition éthique“ eine „Umgehung bzw. Missachtung des Straßburger Urteils“. Stein des Anstoßes sind die „chasses administratives“ (Polizeijagden). Der neue Text sieht vor, dass in bestimmten Fällen der Minister eine Jagd ohne das Einverständnis von Besitzern und Pächtern organisieren kann. Das gilt auch für Grundstücke, die von der Jagd ausgeschlossen wurden, und für solche, in denen die Jagd normalerweise verboten ist. Dies laufe der Rechtsprechung zuwider, so die KritikerInnen. Außerdem sehen sie darin die „Legalisierung einer begrenzten Jagd in den privaten Gärten und Gemüsegärten der Bevölkerung“.

Doch die Vereinfachung der Polizeijagden ist keineswegs jägerfreundlich, ganz im Gegenteil. Die bereits von Lux' Vorgänger Charles Goerens angedachte Gesetzesänderung soll vor allem den Druck auf die schwarzen Schafe unter den Jagdpächtern erhöhen. In bestimmten Revieren ist der Wildbestand - und sind die Wildschäden - wegen unzureichender Bejagung

Lux' Gesetzesvorlage ist auch eine Folge des schlechten Images der Jägerschaft. Ob idyllische Bilder wie dieses Cover einer deutschen Fachzeitschrift etwas daran ändern können, ist fraglich.

außer Kontrolle geraten. In solchen Fällen soll eine von der Forstverwaltung organisierte „chasse administrative“ Abhilfe schaffen, ebenso wie bei der immer wieder erfolgenden illegalen Aussetzung von Wild.

### Päng auf Pussi

Wohl um möglichst viele Unterschriften für die von ihnen lancierte Petition zu sammeln, fallen auch andere Kritikpunkte der radikalen TierschützerInnen recht unnuanciert aus. Zwar ist es richtig, dass viele Forstbeamte in ihrer Freizeit auch zur Flinte greifen, doch die Forderung nach einem „jagdunabhängigen Umweltministerium“ trägt nicht der Tatsache Rechnung, dass die bei der Jagdreform federführenden Beamten den meisten Forderungen der Jagdlobby getrotzt und sich damit viele Feinde gemacht haben. Auch die Kritik an „Hetzjagden mit Hunden“ bedient tierschützerische Klischees, hat aber nicht viel mit der Jagdpraxis in Luxemburg oder dem neuen Gesetzestext zu tun.

Begründet ist dagegen die Sorge über die Möglichkeit, Jagd auf Hauskatzen zu machen. Zwar konterte der Minister, dies sei nicht Bestandteil des Gesetzes, da die Liste der jagdbaren Tiere in einem Règlement grand-ducal festgehalten werde. Doch der Kommentar von Artikel 4 verrät die Absichten der Autoren: In der Kategorie „anderes Wild“ ist dort der „chat haret“, also die verwilderte Hauskatze aufgeführt. Eine Umsetzung dieser

Absicht per Règlement dürfte allerdings der Öffentlichkeit schwer zu vermitteln sein: Sogar im jagdfreundlichen Frankreich dürfen verwilderte Hauskatzen nicht mehr einfach abgeschossen werden.

Anders als die radikalen TierschützerInnen scheinen deren Verbündete, die Grünen, mit der Gesetzesvorlage gut leben zu können. Der Abgeordnete Camille Gira, treibende Kraft während der parlamentarischen Arbeit, dürfte zufrieden sein, dass nun die „opposition éthique“ den Weg ins Gesetz geschafft hat. Er bemängelte allerdings, dass sich die „opposants“ an der Begleichung von Wildschäden im Revier beteiligen müssen. Unzufrieden ist er auch mit dem Kompromiss in Sachen Wildfütterung.

### Locken statt füttern

Viele Akteure hatten ein totales Fütterverbot gefordert, angesichts der hohen Wildbestände, die teilweise durch eine massive Nahrungszufuhr zustande gekommen sind. Im jetzt vorliegenden Text ist zwar die Fütterung verboten, die Lockfütterung („appâtage“) dagegen erlaubt. Einerseits dürfte die von der Jägerschaft immer wieder verteidigte Praxis der Notfütterung in harten Wintern und der Ablenkfütterung gegen Schäden auf den Feldern damit ein Ende haben. Andererseits könnten Pächter allerdings versuchen, unter dem Deckmantel der Lockfütterung weiter substanzielle Mengen an Nahrung auszubringen



- was im Falle eines hundertprozentigen Verbots einfacher zu verhindern wäre.

Zufrieden mit dieser Regelung zeigte sich Louis Steichen, Präsident von „Fir eng ökologesch Juegd“. Seine Vereinigung hatte bereits für ein solches „Fütterverbot mit Ausnahme“ plädiert, als die Jägerschaft noch jede Reform des Gesetzes ablehnte. Außerdem hält Steichen, anders als seine Kollegen, das Prinzip der „opposition éthique“ für richtig.

Dass die Ökojäger völlig und die restliche Jägerschaft zum Teil mit der Gesetzesvorlage zufrieden sind, ist nicht unbedingt ein Beweis dafür, dass sie jägerfreundlich ist. Durch den öffentlichen Druck wurde ein Reformprozess eingeleitet, der seitens der Jäger unerwünscht war und den viele KritikerInnen vor ein paar Jahren noch für unwahrscheinlich hielten. Dennoch sollte die Gelassenheit der Jägerschaft misstrauisch stimmen. Sie dürften darauf hoffen, dass Bestimmungen wie die zur Fütterung, zu den Polizeijagden und zum Aussetzen von Wild-

tieren nicht so konsequent umgesetzt werden wie angekündigt. Und wenn die Fundamentalkritik an den Bestimmungen zur „opposition éthique“ überzogen erscheint, so steckt auch hier der Teufel im Detail: Der Kommentar zu den diesbezüglichen Artikeln unterstreicht nämlich, dass nur die Jagd mit der Waffe auf den aus geschlossenen Grundstücken strafbar ist. Sollte dies dazu führen, dass Treiber und Hunde diese Grundstücke frei betreten, so würde die „opposition éthique“ zur Farce. Handgreiflichkeiten und neue Prozesse wären in diesem Fall vorprogrammiert, und das Gesetz würde kaum, wie von Minister Lux beschworen, eine Chance für „einen nationalen Konsens über die Jagd im 21. Jahrhundert“ bedeuten.

Online-Informationen auf der Site des Ministeriums ([www.environnement.public.lu/chasse](http://www.environnement.public.lu/chasse)) und jener der radikalen TierschützerInnen ([www.vogelschutzkomitee.com](http://www.vogelschutzkomitee.com)).